

GdP-Bundesfrauenvorstand

Newsletter 4/Mai 2007

Streit um die Kinderbetreuung nimmt kein Ende

Nicht wirklich überraschend: In der politischen Diskussion um die Kinderbetreuung melden sich überwiegend Männer. Und sie wollen den Frauen entweder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder die Entscheidung für eine häusliche Karriere erleichtern. Gleichzeitig schaffen sie die meisten, sich gänzlich aus der Verantwortung zu stellen. Doch: Wo steht geschrieben, dass Männer für Betreuung und Erziehung von Kindern unwichtig oder verzichtbar sind? Den Frauen wird die Pflicht zur Kindererziehung zugeschrieben. Sie gelten als Rabenmütter, wenn sie außerdem einem Beruf nachgehen wollen. Für Männer gilt das offenbar nicht, von Rabenvätern wird weder gesprochen noch geschrieben!

Wichtig ist doch, dass beide Elternteile mit ihrem Leben zufrieden sind, Bestätigung innerhalb und außerhalb der Familie finden. Wer verschiedenen Interessen nachgehen kann, wer ein ausgeglichenes und erfülltes Leben führt, kann seinen Kindern die so wichtige Zuwendung und Wertschätzung geben. Darum brauchen *alle*, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen, entsprechende Möglichkeiten zur Betreuung ihrer Kinder. Wir brauchen echte Wahlfreiheit für beide, Frauen *und* Männer – und einen Bewusstseinswandel in unserer Gesellschaft: Denn ohne die Beteiligung der Männer am Projekt Kindererziehung, ohne eine faire Lastenverteilung in der Familienarbeit auf Männer *und* Frauen, tragen allein die Frauen das Risiko eines familienbedingten Ausfalls – mit allen Nachteilen, die sich daraus am Arbeitsmarkt und im Berufsleben ergeben. Das muss sich dringend ändern!

Elterngeld eine Mogelpackung?

Das Elterngeld fällt in der Regel niedriger aus als angekündigt und auch die Bezugsdauer erfüllt nicht in vollem Umfang die Versprechungen der Bundesfamilienministerin – so eine Analyse der Fachzeitschrift „Soziale Sicherheit“, die vom DGB herausgegeben wird. Im Schnitt würden statt 67% nur 58 % des Nettoverdienstes erreicht, weil Prämien und Einmalzahlungen nicht in die Berechnungsgrundlage mit einfließen. Und das Mutterschaftsgeld (zwei Monate) werde auf das Elterngeld angerechnet, wodurch sich der Zahlungszeitraum von 12 auf 10 Monate reduziert.

Und nach dem Elterngeld stehen die Familien vor dem nächsten Problem: Nur rund 15% der Kinder unter drei können derzeit in einer Einrichtung oder in Tagespflege betreut werden. Während die östlichen Bundesländer dabei eine Betreuungsquote von über 40% erreichen, kann in Westdeutschland nicht einmal jedes zehnte Kind in dieser Altersgruppe in der Kita oder bei einer Tagesmutter untergebracht werden.

Zur Zeitschrift „Soziale Sicherheit“

<http://www.aib-verlag.de/aib/index.html>

Zum Elterngeldrechner des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie.did=89004.html>

Themen:

- Streit um die Kinderbetreuung nimmt kein Ende
- Elterngeld eine Mogelpackung?
- Neuer Stalking-Paragraph in Kraft
- Menschenrechtsverletzung Zwangsheirat
- 08. März - Internationaler Frauentag
GdP-Frauen vor Ort/Aus der Bundesfrauengruppe
- Zahlen, Daten, Fakten
- Zur Person
- Literaturtipp
- Termine/Veranstaltungen



Neuer Paragraph stellt „Stalking“ unter Strafe

Kaum auf dem GdP-Bundeskongress Mitte November beschlossen, wurde der Antrag der Frauen-

gruppe (Bund), zur Verfolgung von „Stalking“ einen eigenen Straftatbestand zu schaffen (B 76), umgehend politisch umgesetzt: Durch den neuen § 238 StGB „Nachstellung“ sollen zukünftig Stalking-Opfer vor fortgesetzter Verfolgung, Belästigung und Bedrohung geschützt werden. Stalker können nun zu einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder zu einer Geldstrafe verurteilt werden.

Jetzt ist die Polizei gefordert, eine adäquate Beratung der Opfer anzubieten und die Beamtinnen und Beamten mit dem entsprechenden Wissen über den Straftatbestand, seine Hintergründe, die juristischen Möglichkeiten zur Verfolgung und Angebote zur Unterstützung von Opfern zu versorgen.

Besonders engagiert arbeitet in diesem Bereich derzeit die Polizei in Bremen:
<http://www.polizei.bremen.de/>

Mehr zum Thema in Deutsche Polizei 2/2007 (S.20-25) bzw. unter
<http://www.gdp.de/gdp/gdpcms.nsf/id/dp200702?Open&ccm=300020&L=DE&markedcolor=%23047DD2>

Menschenrechtsverletzung Zwangsheirat

Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung – und eine Misshandlung, die nach dem Gewaltschutzgesetz als schwere Nötigung strafrechtlich verfolgt und mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren geahndet werden kann.

Allein in Baden-Württemberg haben sich im Jahr 2005 215 Betroffene bei Beratungsstellen oder Hilfseinrichtungen gemeldet, mehr als die Hälfte davon waren Frauen und Mädchen von 18 Jahren und jünger.

Auf Initiative von Baden-Württemberg hat der Bundesrat mit großer Mehrheit das Zwangsheirat-Bekämpfungsgesetz verabschiedet und bereits Anfang letzten Jahres dem Bundestag zur Entscheidung weitergeleitet: Durch Einführung des § 234 b StGB soll der neue Straftatbestand „Zwangsheirat“ geschaffen und mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren geahndet werden.

In ihrer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates würdigt die Bundesregierung die Initiative und stellt eine Prüfung in Aussicht: Sie will zunächst klären, durch welche Regelungen eine stärkere Sensibilisierung für die Strafwürdigkeit von Zwangsverheiratungen erreicht werden kann und ob zum Schutz der Opfer außerdem Änderungen im Aufenthaltsrecht notwendig sind.

Zum Gesetzentwurf des Bundesrates und zur Stellungnahme der Bundesregierung:
<http://dip.bundestag.de/btd/16/010/1601035.pdf>

8. März 2007 – Internationaler Frauentag



Bundesregierung will die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken

Der Bundestag hat am 8. März 2007 den Antrag „Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken“ von CDU/CSU- und SPD-Fraktion beraten. Darin heißt es u.a.: Zwischen 2001 und 2005 sei die Erwerbstätigkeit von Frauen von 58,7 Prozent auf 59,6 Prozent gestiegen, liege aber weit unter der Quote der Männer von 71,2 Prozent. Dagegen betrage die Beschäftigung von Frauen in Dänemark und Schweden 71 beziehungsweise 72 Prozent. Extrem sei auch die Lohnschere in Deutschland mit 23 Prozent Unterschied zu Lasten der Frauen gegenüber einem

Fortsetzung S. 3



Durchschnittswert der Europäischen Union von 15 Prozent. Der Unterschied beim Stundenlohn betrage zwischen Männern und Frauen in Deutschland sogar 26 Prozent - und liege damit an der Spitze der Lohnunterschiede in der EU.

Zum Antrag der Koalitionsfraktionen
<http://dip.bundestag.de/btd/16/045/1604558.pdf>

Zweiter Arbeitnehmerinnenempfang in Stuttgart

150 Frauen aus ganz Baden-Württemberg kamen am 8. März anlässlich des Internationalen Frauentages zum Arbeitnehmerinnenempfang von DGB und Mitgliedsgewerkschaften in die IG Metall Verwaltungsstelle Stuttgart. Diskutiert wurde u. a. über die aktuellen politischen Themen wie Rente mit 67, Gesundheitsreform und Kinderbetreuung.



GdP-Frauen auf dem Arbeitnehmerinnen-Empfang



Monika Kampmann (l.) aus Köln sang politische Lieder

Beiratssitzung in Baden-Württemberg am 08. März

Die diesjährige Beiratssitzung der GdP Baden-Württemberg am 8. März nahm die Landesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl zum Anlass, um an die Anfänge der gewerkschaftlichen Frauenarbeit zu erinnern. Männer und Frauen rief sie dazu auf, gemeinsam Benachteiligungen für Frauen abzubauen.



Landesvorsitzender Josef Schneider überreicht den anwesenden Frauen rote Rosen zum Frauentag

GdP-Frauen vor Ort Neuer Landesfrauenvorstand in Mecklenburg-Vorpommern gewählt

Am 07.03.2007, einen Tag vor dem Internationalen Frauentag, fanden sich auf der Landesfrauenkonferenz unter 33 Delegierten wieder fünf Kolleginnen, die die Geschicke aller Frauen in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern in die Hand nehmen wollen.

Zwei neue und gleichzeitig alte Vorstandsfrauen sind Jana Halka (KG Anklam) und Katrin Negendank (KG Schwerin). Sie unterstützen die Neuen, zu denen Wilma Wäntig (KG Güstrow), Birgit Treichel (KG Schwerin) und Jana Gutzmann (KG Rostock) als neue Vorsitzende gehören. Alle Frauen sind langjährige Mitglieder in der Gewerkschaft der Polizei, erprobt und geschult in der Vorstandsarbeit der JUNGEN GRUPPE und der jeweiligen Kreisgruppe.

Fortsetzung S. 4



Der neue Vorstand (v.l.n.r.): Jana Gutzmann, Katrin Negendank, Birgit Treichel, Jana Halka, Wilma Wäntig

Auf der Landesfrauenkonferenz wurden 14 Anträge beschlossen, die eine anstrengende, aber auch interessante vierjährige Arbeit versprechen. Der für uns wichtigste Beschluss ist die Forderung nach einem „Netzwerk“ für die Frauen in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern. Darin verbunden sein sollen alle Frauen in Gewerkschaftsvorständen, in Personalräten und auch die Gleichstellungsbeauftragten. Die Idee gibt es schon länger. Jetzt heißt es, schnellstmöglich eine Lösung zu finden.

Weitere Informationen unter www.gdp.de/mv

Aus der Bundesfrauengruppe Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der Frauengruppe (Bund) am 21./22.03.07

Im Mittelpunkt des Treffens standen Planungen für die aktuellen Großprojekte, darunter die Jubiläumstagung zu 25 Jahren Frauenarbeit in der GdP (Frühjahr 2008) und eine Tagung für Gleichstellungsbeauftragte (Herbst 2008). Diskutiert wurde auch, wie ein Handbuch für die Frauenarbeit, die Richtlinien sowie Logo und Werbemittel der Frauengruppe (Bund) zeitgemäß gestaltet werden können.



Im April 2007 waren 36.046 Frauen Mitglied in der GdP. Das entspricht einem Anteil von 21,2 %.



Erst seit 1977 – also seit 30 Jahren – können deutsche Ehemänner ihren Frauen nicht mehr den Beruf verbieten. Ebenso wenig dürfen seitdem den Job in ihrem Namen kündigen.



Ebenfalls 1977 wurde die Zeitschrift „EMMA“ gegründet.



Seit 1987 gibt es ein Bundesministerium, das ausdrücklich auch für Frauenpolitik zuständig ist. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, erklärte zum Jubiläum ihres Hauses:

“20 Jahre nach der Einrichtung des Bundesfrauenministeriums sehe ich es heute als eine wesentliche Herausforderung an, auch die Männer als Partner und Adressaten der Gleichstellung anzusprechen. Es muss erreicht werden, dass Frauen die Wahlfreiheit haben, Familie und Beruf nach ihren Wünschen zu vereinbaren. Dazu gehört auch, dass Männer Familienleben und Kindererziehung in ihre Lebensplanung integrieren können und dies gesellschaftlich anerkannt wird.“ Es wäre schön, wenn die Bundesministerin nicht nur die Herausforderungen sähe, sondern auch adäquate Lösungen für das „Vereinbarkeitsproblem“ erarbeiten und umsetzen würde.



Zur Person

Martina Köppen

Martina Köppen hat am 01. Februar die Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übernommen. Zwischenzeitlich haben schon mehr als 900 Kontakte der ADS mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Arbeitgebern und Verbänden stattgefunden.

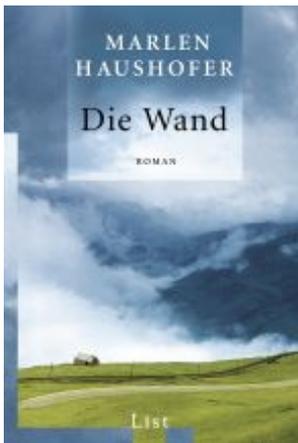
Köppen war bis zur Übernahme ihrer neuen Aufgabe für den Bereich Europa im Kommissariat der deutschen Bischöfe, Katholisches Büro in Berlin, zuständig. Davor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Martina Köppen ist Volljuristin und promovierte in Europarecht. Die gebürtigere Bochumerin ist 49 Jahre, verheiratet, hat zwei Kinder und lebt in Berlin.

Kontakt:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Alexanderstraße 1
10178 Berlin

Tel. 030-18555-1865, Fax 030-18555-41865

E-Mail: ads@bmsfj.bund.de



Literaturtipp

Marlen Haushofer
„Die Wand“

Roman
285 Seiten,
7,95 Euro

Quelle:
www.ullsteinbuchverlage.de

Eine Frau will mit ihrer Kusine und deren Mann ein paar Tage in einem Jagdhaus in den Bergen verbringen. Nach der Ankunft unternimmt das Paar noch einen Gang ins nächste Dorf und kehrt nicht mehr zurück. Am nächsten Morgen stößt die Frau auf eine unüberwindbare Wand,

hinter der Totenstarre herrscht. Abgeschlossen von der übrigen Welt, richtet sie sich inmitten ihres eng umgrenzten Stücks Natur und umgeben von einigen zugelaufenen Tieren aufs Überleben ein.

'Wenn mich jemand nach den zehn wichtigsten Büchern fragen würde, dann gehörte dieses auf jeden Fall dazu.' (Elke Heidenreich in LESEN!)

Termine/Veranstaltungen

15./16.05.2007

Sitzung AG Vereinbarkeit Beruf und Familie

12.06. - 14.06.2007

Seminar „Gender-Mainstreaming“

11./12.07.2007

gemeinsame Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der GdP und des Geschäftsführenden Vorstandes der Frauengruppe (Bund)

18.09 - 20.09.2007

Seminar „Frauen in der GdP“

15./16.11.2007

Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund)

Impressum

Herausgeberin:
Frauengruppe (Bund) der
Gewerkschaft der Polizei
Dagmar Hölzl
Stromstr. 4
10555 Berlin

Der Newsletter des GdP-Bundesfrauenvorstandes erscheint viermal jährlich in digitaler Form im PDF-Format.
Der Bezug ist kostenlos.

Bestellungen bitte unter:
<mailto:anja.weusthoff@gdp-online.de>